

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

<p>Bezugspreis mit Postverendung:</p> <p>Ganzjährig S 14.60</p> <p>Halbjährig „ 7.30</p> <p>Vierteljährig „ 3.75</p> <p>Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.</p>	<p>Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.</p> <p>Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlag. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.</p> <p>Schluss des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.</p>	<p>Preise bei Abholung:</p> <p>Ganzjährig S 14.—</p> <p>Halbjährig „ 7.—</p> <p>Vierteljährig „ 3.60</p> <p>Einzelpreis 30 Groschen.</p>
---	--	---

Folge 27 **Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 5. Juli 1935** 50. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Österreich.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Ministerrat hat die Einbringung eines Bundesgesetzes, betreffend die Abänderung der das Haus Habsburg-Lothringen betreffenden Ausnahmegeetze (Gesetz vom 3. April 1919, St.G.B.I. Nr. 209, und vom 30. Oktober 1919, St.G.B.I. Nr. 501) in den vorbereitenden Körperschaften der Gesetzgebung beschlossen. Die Vorlage bezweckt die Beseitigung der weder sachlich noch rechtlich begründeten Ausnahmebestimmungen, soweit diese mit dem Staatsinteresse vereinbar ist. Der Gesetzentwurf beinhaltet die grundsätzliche Aufhebung der Landesverweisung und ermächtigt die Regierung, nach ihrem Ermessen und unter den von ihr festzustellenden Bedingungen Vermögensschaften, die nachweisbar Privateigentum des vormals regierenden Hauses darstellen, zurückzuerstatten. Hievon nicht betroffen sind jedoch alle Gegenstände künstlerischen, archäologischen, wissenschaftlichen oder historischen Charakters, die einen Teil von Sammlungen bilden (zum Beispiel kunsthistorisches Museum, Nationalbibliothek und dergleichen). Es soll mit dieser gesetzlichen Regelung insbesondere auch dafür Vorsorge getroffen werden, daß Ansprüche und Rechte Dritter, die in der Zwischenzeit erworben wurden, hiedurch nicht betroffen sind. Der Ministerrat vertritt die Auffassung, daß die vorgeeschlagene Änderung der bezüglichen Geetze eine dem gesunden Rechtsempfinden entsprechende Lösung und wenigstens teilweise Wiedergutmachung zweifellos begangenen und von der allgemeinen öffentlichen Meinung auch als solches empfundenen Unrechts darstellt, wobei der Einklang mit den zwingend zu beachtenden Staats- und Volksinteressen gewahrt bleibt.

Gestern hat der Staatsrat das Gesetz „betreffend die Aufhebung der Landesverweisung und die Rückgabe von Vermögen des Hauses Habsburg-Lothringen“ in Verhandlung gezogen und nach einer Debatte ein zustimmendes Gutachten beschlossen. In der Debatte führte Außenminister Berger-Waldenegg nach dem Bericht der „Parlaments-Korrespondenz“ aus: „Das vorliegende Gesetz hat mit der Frage der Restauration überhaupt nichts zu tun, die Frage der Restauration kann und darf in diesem Zusammenhange überhaupt nicht behandelt werden. Heute handelt es sich lediglich — ich betone das — um Gutmachung von geschiedenem Unrecht. Ich kann versichern, daß ich es nie außeracht gelassen habe, unseren Standpunkt zu vertreten, daß wir zwar die Restauration als nicht aktuelles Thema betrachten, daß wir aber bestrebt sind, sobald als möglich das Unrecht, das geschieden ist, wieder gutzumachen.“

Oberst a. D. Adam, der Generalsekretär der Vaterländischen Front, sprach gestern im Rundfunk über die Aufhebung der Habsburger-Gesetze, wobei er ausführte, daß folgende Vermögenswerte für die Rückgabe in Betracht kommen: In Niederösterreich die Güter Orth an der Donau, Eßlingen, Groß-Enzersdorf, Eckartsau und Schloßhof, die Domäne Böggstall und das Gut Scharfenegg bei Mannersdorf; in Oberösterreich das Gut Mattighofen und ein Jagdhaus am Langbathsee; in Steiermark das Gut Klein-Krampen und das Jagdhaus Mürzsteg; dann in Wien die Häuser Augustinerstraße 8, Ungargasse 51, Ungargasse 53 und Garinonsgasse 3. Aus dem sogenannten Erzherzog Friedrichschen Fideikommiss kommen für die Rückgabe in Betracht: Das Palais auf der Albrechtsrampe, der Gebäudekomplex Augustinerstraße 7 und ein Haus in der Hanuschgasse. Dazu kommen noch Möbel, Tafelgeschirr und andere Gebrauchsgegenstände. Ich wiederhole: Diese Vermögenswerte kommen für die Rückgabe in Betracht. Die Entscheidung, ob sie tatsächlich zurückgegeben werden, steht der Bundesregierung zu, die ihre Entschliessungen selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Haus Habsburg treffen wird.

Bei der Frontkämpfertagung in Graz, bei der auch Feldmarschall Erzherzog Eugen anwesend war, sprach Bundeskanzler Dr. Schuschnigg. Er sagte u. a.: Mit Freude und aufrichtigen Herzens begrüße ich namens des neuen Österreich die würdigsten Vertreter des alten Vaterlandes. Es ist dem neuen Österreich eine aufrichtige Freude, den Feldmarschall des alten Heeres heute in unserer Mitte begrüßen zu können, es ist uns eine aufrichtige Freude, so zahlreiche Vertreter der alten Regimenter der kaiserlichen und königlichen Armee hier zu sehen. Wir sind der Meinung und festen Auffassung, daß das neue Österreich nur gedeihen und wachsen kann aus dem Wissen um die Bedeutung seines

großen Vorgängers. Wir sind zusammengekommen, um zu bekennen, daß auch das neue Österreich der alten, unsterblichen Soldateneigenschaften bedarf. Diese Soldateneigenschaften lassen sich nur in zwei ganz kurzen Richtungen beachten. Es ist ein grundlegender Unterschied zwischen der Auffassung des alten Soldaten von Autorität und der Auffassung jenes Menschen, der mit Soldatlichem und österreichischem Soldatlichem nichts gemein hat. Der österreichische Soldat, der alte und der junge, muß wissen: Einrichtungen, bei denen alle kommandieren und niemand gehorcht, sind unmöglich. Denn: Autorität muß sein! Eine Autorität, die gewachsen wäre aus Klassegegensätzen, eine privilegierte Autorität kommt nicht in Frage und kam auch in der alten kaiserlichen Armee nie in Frage. Wer etwas geleistet hat, ist etwas geworden. So muß es auch weiterhin bleiben. Das vorbildliche Zusammenwirken von Offizier und Mann auch in der jungen Armee ist darauf zurückzuführen, daß Offizier und Mann aus dem gleichen Volke und aus der gleichen Schichte des Volkes hervorgegangen sind, Blut vom gleichen Blut waren und daher in wahrer Kameradschaft zueinander stehen, wobei die selbstverständliche Respektierung des Vorgesetzten, der militärischen Autorität, etwas ist, über das man in Österreich nicht weiter zu diskutieren braucht. Das ist das eine. Das Zweite: Es ist eine grundlegende Unterscheidung zwischen der Auffassung von Taktik des alten Soldaten und dessen, der mit dem Soldaten nichts zu tun hat. Der alte Soldat weiß: Taktik ist ein notwendiger Befehl im Rahmen einer Militärwissenschaft, aber sie ist nicht das Um und Auf. Derjenige, der vom Soldatentum nichts weiß, glaubt, alles sei nur die Taktik und die Taktik sei das, was der momentane Augenblick gebietet. Das ist falsch. Unsere Taktik, die Taktik der alten und jungen Soldaten, darf nur sein, mit dem Einsatz der ganzen Persönlichkeit, mit der Mobilisierung des ganzen Gewissens und mit dem Aufbruch des Herzens dem Vaterlande zu dienen, dem neuen Österreich, und in Ehrfurcht des alten zu gedenken. Es darf die Zeit nicht mehr kommen, wo es so ausgesehen hat, als ob ein solches Gedenken in die neue Zeit nicht mehr hineinpaßt. Das war ein grundlegender Irrtum und ein grundlegender Fehler. Die neue Zeit und ihre Jugend, die neue Zeit und ihre Menschen, das neue Österreich und sein Volk werden blühen und gedeihen, wenn es immer so wie heute Stunden der Befinnung findet, in denen es sich darüber Rechenschaft gibt, warum es überhaupt existieren konnte und kann. Nun nochmals ein herzliches Gruß Gott, das in erster Linie den so zahlreich vertretenen Kriegsinvaliden gilt, die das neue Vaterland wie das alte in Dankbarkeit grüßt und bittet, daß sie in unserer Reihen bleiben. Und unseren Gruß den alten Führern der Armee. Wir freuen uns, manches gut machen zu können, was Irrtümer in vergangener Zeit an Schuld auf sich geladen haben. Wir grüßen die Fahnen und ihre Träger, wir grüßen euch alle in dem Bewußtsein, ihr seid die Brücke, auf der das neue Österreich hinüberleitet in eine schönere Zukunft.

Deutsches Reich.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat, wie bekannt, kürzlich auf dem in Berlin abgehaltenen internationalen Wollkongress eine Rede gehalten, die jetzt in vollem Wortlaut in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ abgedruckt wird. Danach hat Schacht unter anderem folgendes gesagt: Was ist an diesem neuen Deutschland merkwürdig? Die meisten von Ihnen haben ja das frühere Deutschland gekannt. Ich will es Ihnen in ganz wenigen Worten sagen: An diesem Deutschland ist genau so viel auszusehen wie am alten. Die Menschen ändern sich nicht und die Fehler, die kleinen Fehler des menschlichen Lebens werden auch nicht so rasch ausgerottet, und Sie werden manches finden, was Ihnen ebenso wenig heute gefällt, wie es Ihnen früher gefallen hat. Aber in einer Beziehung hat Deutschland eine ganz ungeheure Wandlung durchgemacht. Deutschland hat die Wandlung durchgemacht, daß es heute nicht nur von einem einheitlichen Willen regiert wird, sondern von ihm geleitet, belebt, befeuert wird von der obersten bis zur untersten Stelle. Weiter sagte Schacht: Alles, was wir hier in Deutschland an wirtschaftlichen Maßnahmen treffen, das ist darauf abgestellt, den Handel hinüberzuretten in eine bessere Zeit, wo er wieder seine eigentliche Funktion erfüllen kann.

Das Reichskabinett hat das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht beschlossen und damit eines seiner Hauptprogrammziele durchgeführt. Nach jahrelangem Aufbau des freiwilligen Arbeitsdienstes, der schließlich für jeden jungen deutschen Menschen zu einer moralischen Pflicht geworden war, hat das Kabinett die gesetzlichen Grundlagen für den

Arbeitsdienst in der Form geschaffen, daß die Gesamtorganisation dem Reichsinnenminister untersteht. Er übergibt die Befehlsgewalt dem Reichsarbeitsführer, Staatssekretär Hirtl, der damit einen Staatstitel erhalten hat. Für den Reichsarbeitsdienst verpflichtet sind nunmehr alle jungen Deutschen. Die Arbeitsdienstpflicht wird für die Frauen frühestens im Jahre 1936 durch neue gesetzliche Bestimmungen durchgeführt, so daß zunächst für die Frauen der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleibt. Die Dauer des Arbeitsdienstes beträgt zunächst sechs Monate. Es werden gleichzeitig 200.000 Mann einschließlich des Stammpersonals im Arbeitsdienst gehalten. Für die Zeit vom 1. Oktober 1935 bis 1. April 1936 werden zweimal je 200.000 Mann eingezogen. Die Musterung erfolgt gemeinsam mit der Reichswehr. Arbeitsdienstpflichtig sind alle jungen Deutschen vom 18. bis 25. Lebensjahr. Eine freiwillige Meldung ist nach vollendetem 17. Lebensjahr möglich. Rückstellungen von der Arbeitsdienstpflicht sind bis auf zwei Jahre möglich, bei besonderen beruflichen Gründen bis auf fünf Jahre. Ausgeschlossen vom Arbeitsdienst sind alle diejenigen, die auch vom Heeresdienst ausgeschlossen sind und alle Personen nichtarischer Abstammung. Außerdem ist ausgeschlossen, wer aus der R.S.D.A.P. wegen ehrenrühriger Handlungen ausgeschlossen ist. Das Führerkorps setzt sich nur aus Männern zusammen, die die allgemeine Wehrpflicht abgeleistet haben. Für das Führerkorps des Arbeitsdienstes wird eine besondere Ausbildungsordnung, ebenso eine Regelung der Verpflegung geschaffen, zumal die Tätigkeit im Arbeitsdienst nur auf die Dauer von zehn Jahren gestattet ist, um die Führerschaft möglichst jung zu erhalten. Mit diesem Gesetz ist der Aufbau der Erziehung der deutschen Jugend vollendet. Nacheinander folgen die Schulpflicht, die Arbeitsdienstpflicht und die Wehrpflicht.

Unter den Gesetzen, die das Reichskabinett beschlossen hat, befindet sich auch ein Luftschutzesetz, durch das eine Luftschutzpflcht für alle Deutschen eingeführt wird. Sie sind zu Dienst- und zu Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Übungen und Unterlassungen verpflichtet, die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind.

Unter einer Reihe von weiteren Gesetzen befindet sich auch ein auf Vorschlag des Reichsforstmeisters General Goering verabschiedetes Reichsnaturschutzgesetz, das der Erhaltung von Pflanzen, nicht jagdbaren Tieren, Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten und Wasserwegen dient. Bisher bestanden bei den Ländern verschiedene Regelungen, die auf diese Weise verstärkt und ausgebaut werden.

Frankreich.

Mit der Frage der deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt sich in der radikalsozialen „Republique“ kein geringerer als der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer. Er weist zunächst auf die in England und auch in Frankreich in letzter Zeit sich anbahnenden Bestrebungen einer deutsch-französischen Annäherung hin und schreibt dann unter anderem: „Die Atmosphäre scheint heute etwas besser zu sein. Unsere Öffentlichkeit steht vielleicht einer freien Aussprache mit Deutschland nicht mehr ganz so fern wie noch vor einiger Zeit. Ob die Bedingungen für diese Aussprache für uns günstiger sind, ist eine andere Frage. Ich glaube im Gegenteil, daß wir das größte Interesse daran gehabt hätten, so schnell wie möglich schon bei der Nachtübernahme durch das nationalsozialistische Regime, mit dessen baldigem Sturze zu rechnen eine Vermessenheit war, die Verhandlung anzubahnen. Ich habe nicht das Gefühl, daß ein heute verwirklichtes Abkommen genau denselben Wert haben könnte wie eine gestern erzielte Verständigung. Wir haben wieder einmal Zeit verloren. Aber nichtsdestoweniger können wir noch aus freien Stücken verhandeln. Jedoch möchte ich zwei Fragen stellen: Können wir eines Tages nicht doch gezwungen werden, zu verhandeln und schwächt die ablaufende Zeit nicht auf jeden Fall die Vorteile unserer Lage? Die Ereignisse der letzten Wochen zeugten mit unwiderstehlicher Gewalt, daß jede Politik, die selbst den flüchtigen und trügerischen Anschein einer diplomatischen Eintreibung Deutschlands besitzt, zum Mißerfolg verurteilt ist. England und Italien geben uns vielleicht die mündliche Genugtuung, auf die unsere Eigenliebe Wert legt. Man wird weiterhin von der „Anteilbarkeit des Friedens“ und der „Einheitsfront der Streikmächte“ sprechen. Aber wenn es darauf ankommt, was bleibt dann von diesen harmonischen Erklärungen? Inzwischen wächst das Ansehen Deutschlands. Das ist eine Tatsache. Ich stelle das mit größter Traurigkeit fest. Soll man aber warten, bis die Ereign-

nisse sich vollendet haben? Heute braucht Deutschland uns noch; wird das aber immer der Fall sein? Vom Standpunkt unseres „sacro egoismo“ (heiligen Egoismus) aus — keine Formel trifft heute besser zu als diese — steht nichts der Anbahnung von Besprechungen im Wege. Und was die allgemeine Friedenspolitik anlangt, die wir verfolgen — bisweilen unter Ausschluß und zum Schaden von anderen Gedanken — braucht man da noch zu beweisen, daß sie dadurch keinen Schaden nehmen könnte?“

Trotz der schlechten Lage der Staatsfinanzen scheint man die neuen Rüstungsfordernungen, die fast 6 Milliarden Francs betragen, glatt annehmen zu wollen. Kriegsminister Fabry erklärte, die sofortige Annahme sei für die Sicherheit des Landes unbedingt notwendig. Über die schlechte Finanzlage hat Laval eine für Frankreich recht offene, mutige Rede gehalten. Er führte u. a. aus: Man spricht von einem Defizit von 11 Milliarden Francs. In Wahrheit ist es größer und nimmt jeden Tag zu. Der Staat kennt zwar die Höhe seiner Ausgaben, aber die Höhe der Einnahmen ist ungewiß. In der gegenwärtigen Lage gibt es nur die Alternative: entweder die öffentlichen Ausgaben einschränken oder falsches Geld prägen. Mein Appell richtet sich an den Opfermut aller Schichten der Bevölkerung. Ich werde vor keinem Hindernis zurückweichen. Wenn ich durch die Einschränkungsmaßnahmen, die ich durchzuführen entschlossen bin, unpopulär werden sollte, so würde ich diese Unpopularität als eine Belohnung ansehen. Ich vertrete Frankreich. Keine Drohung, von wo immer und in welcher Form immer sie kommen mag, wird mich hindern, den geraden Weg weiterzugehen.

Großbritannien.

Die Ernennung Sir Samuel Hoares zum englischen Außenminister als Nachfolger von Sir John Simon scheint einen stärkeren Kurswechsel der englischen Außenpolitik zur Folge zu haben, als man ursprünglich annahm. In diplomatischen Kreisen Londons will man darüber unterrichtet sein, daß der gegenwärtige ständige Unterstaatssekretär des Foreign Office Sir Robert Vansittart noch im Laufe dieses Jahres seinen Posten verlassen wird. Sir Robert Vansittart ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht des Foreign Office. Die englische auswärtige Politik ist in den letzten Jahren viel stärker durch ihn als durch den jeweiligen Außenminister bestimmt worden. Der Öffentlichkeit fast unbekannt, hat er der englischen Politik das wirkliche Gesicht gegeben und es ist ein offenes Geheimnis, daß er in zahlreichen Fällen die Politik Sir John Simons nicht nur beeinflusst, sondern oft sogar durchkreuzt hat. Sir Robert Vansittart gehört zu der Richtung Winston Churchill und Sir Austen Chamberlain, die als besonders frankophil anzuspüren ist und die auch stets ein engeres englisch-französisches Zusammengehen befürwortet hat. Es ist nun beachtenswert, daß Sir Robert Vansittart mit einem Botschafterposten zu betrauen. Unklar ist es im Augenblick noch, ob er nach Washington oder nach Paris gehen wird. Ebenso ist im Augenblick noch unklar, wer Vansittarts Nachfolger werden soll. Wie man in Londoner diplomatischen Kreisen zu wissen glaubt, soll dieser Personenwechsel zugleich auch einen politischen Kurswechsel mit sich bringen. England will stärker als bisher auf eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit hinarbeiten. Man wird diese Tatsache wohl stärker nach der negativen als nach der positiven Seite zu werten haben. In einschlägigen englischen Kreisen ist man sich völlig darüber klar, daß eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit mehr ein frommer Wunsch als ein tatsächliches politisches Ziel ist. Die ständige Betonung dieser Politik gibt aber England die willkommenene Gelegenheit, sich mit einer stichhaltigen Begründung stärker von der europäischen Politik zurückzuziehen und jedenfalls neue Verpflichtungen auf dem Kontinent abzulehnen.

Das englische Kabinett hat beschlossen, den von Lloyd George ausgearbeiteten Plan finanzieller und wirtschaftlicher Gesundheitsmaßnahmen zu verwerfen. Die ablehnende Haltung des Kabinetts ist in der Weise zum Ausdruck gekommen, daß der abfällige Bericht eines Unterausschusses von Ministern über Lloyd Georges Vorschläge gebilligt worden ist. Die Regierung wird eine Erklärung ausarbeiten, in der die Gründe ihrer Haltung dargelegt werden.

Italien.

Es herrscht nun gar kein Zweifel mehr über die Absichten Italiens in Abessinien. Anlässlich der gescheiterten Verhandlungen des englischen Ministers Eden mit Mussolini werden folgende Minimalwünsche Italiens bekannt: 1. Protektorat über Abessinien nach dem Vorbild des französischen über Marokko und des britischen über Ägypten. Nicht-einmischung in die inneren Hoheitsrechte Abessiniens. 2. Zulassung der italienischen Auswanderer, die an der wirtschaftlichen Entwicklung Abessiniens mitarbeiten wollen. 3. Ausbreitung der italienischen Besitzungen von Erythraea und Somaliland unter gleichzeitiger Heranziehung und materieller Beteiligung Abessiniens. 4. Bau einer Eisenbahnlinie von Massaua bis Mogadisch und Errichtung einer neutralen Zone entlang dem Schienenweg. 5. Italienisch-abessinische Lieferungsverträge, die den Export abessinischer Rohstoffe, vor allem von Holz, nach Italien sichern sollen. Um eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen, war Großbritannien zur Abtretung eines Gebietsstreifens in Britisch-Somaliland an Abessinien bereit, um letzterem einen Zugang zum Meere zu bieten. Als Gegenleistung sollte Abessinien zu Zugeständnissen an Italien bewegen werden. Mussolini hat alles abgelehnt. Man rechnet für September mit dem Ausbruch der kriegerischen Handlungen, da der Negus kaum die italienischen Forderungen anerkennen wird.

Jugoslawien.

Die Regierung Stojadinowitsch hat eine weitere Maßnahme zur innerpolitischen Entspannung beschlossen.

Durch eine Verordnung des Innenministers Dr. Korolec sind alle Urteile der Polizeibehörden, die während der Wahlzeit wegen politischer Vergehen gefällt wurden und auf Arrest oder Geldstrafe lauten, aufgehoben worden. Die im Arrest befindlichen Personen wurden bereits freigelassen. Ausgenommen von dieser Amnestie sind nur Vergehen, die sich gegen die Dynastie oder den Bestand des Staates richten. Von diesem Gnadenakt der Regierung werden etwa 1000 Personen erfaßt.

Griechenland.

Die neugewählte griechische Nationalversammlung ist zusammengetreten. Nach einer längeren heftigen Debatte legten die Abgeordneten, die Monarchisten mit Vorbehalt, den Treueid ab. Zahlreiche Abgeordnete der Regierungspartei sind für die Beibehaltung der republikanischen Staatsform. Auch die Mehrheit der Partei des Kriegsministers General Kondylis hat sich, wie behauptet wird, für die Republik ausgesprochen, trotz des Umschwungens Kondylis in das Lager der Monarchisten. Die Frage über die Staatsform,

über die eine Volksabstimmung entscheiden soll, wird erst in den nächsten Tagen beraten werden. Wahrscheinlich findet die Abstimmung im September statt.

Bulgarien.

Man rechnet mit dem Ausbruche einer Regierungskrise des Kabinetts Tschew in den nächsten Tagen. Angeblich hat Finanzminister Raslow Rücktrittsabsichten. Daß die Lage sehr gespannt ist, geht aus mehreren politischen Berichten hervor. Es handelt sich vorwiegend um Anhänger des Obersten Weltschew, des Organizers des Staatsreiches vom 19. Mai vorigen Jahres.

Polen.

Die neue Wahlrechtsänderung wird von den Oppositionsparteien bekämpft. Die polnischen Rechtsparteien, die oppositionellen Sozialisten und auch die Bauernpartei werden an den Wahlen nicht teilnehmen. Es verlautet, daß die Regierungspartei sich mit einigen kleineren Gruppen regierungsfreundlicher Tendenz aus den nationalen Minder-

Minderheitenlos und Verhezung.

Von Unterstaatssekretär a. D. von Pflügl.

Die schädlichen Auswirkungen der Minderheitennot sowohl auf den Gang der Innenentwicklung der einzelnen Länder als auch auf die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen treten seit dem Inkrafttreten des Systems von Versailles immer schärfer zu Tage und drängen nach endlicher Lösung dieses Problems.

War die Lage der Minderheiten schon in der Vorkriegszeit fast überall wenig erfreulich, so verschlechterte sie sich unter den Segnungen der Nachkriegsordnung und unter den Fittichen des Völkerbundes in außerordentlichem Maße.

Der Regierungsdruck auf die in dem einen oder dem anderen Nationalstaat eingegliederten völkischen Minderheiten wuchs und wuchs. Diese Entwicklung zeigt sich insbesondere in den „Sieger“-Staaten; dort hat mehr oder minder ein Wettrennen um den Preis für die rascheste und gründlichste Entnationalisierung der der herrschenden Nation nicht angehörenden Staatsgenossen eingesetzt. Diese jedes Rechtsgefühl kränkende Übung findet im Kreise der im Weltkriege unterlegenen Länder vielfach Nachahmung.

Eine ruhmvolle Ausnahme auf diesem Gebiete machen die deutschen Staaten. Sie fällt umso mehr auf, als die Entnationalisierungsjurie in fremden Nationalstaaten sich gerade gegen das deutsche Volk in schrankenlosem Maße und nur zu oft unter den Fittichen des Regierungsapparates austobt.

Der Deutsche ist eben nicht vergeltungsjüchtig; er will es gar nicht sein. Im Gegensatz zu vielen anderen Nationen hält die deutsche auch in dieser Richtung an den Gedanken- und Richtlinien eines edlen Liberalismus fest.

Das in St. Germain en Laye aus der Taufe gehobene neue Österreich kommt den ihm im Friedensdiktat und in den Minderheitsverträgen gezogenen Verpflichtungen nicht nur pünktlich nach, sondern geht in seiner Vor Sorge zu Gunsten der unter seiner staatlichen Hoheit verbliebenen Nicht-Deutschen noch darüber hinaus. Diese können sich im österreichischen Machtbereich in kultureller und nationaler Hinsicht voll und ganz austoben.

Auch heute haben sich die Verhältnisse beispielsweise auf dem Gebiet des tschechischen Schulwesens seit dem 25. Dezember 1928 nicht verändert, als der damalige Präsident des Wiener Stadtschulrates, Otto Glöckel, im „Prager Tagblatt“ feststellen konnte, „daß die Wiener Schulverwaltung die Verträge nicht nur loyal durchführte, sondern über ihre Bestimmungen hinausginge“.

Wenn die Schülerzahl in den Minderheitenschulen Österreichs nunmehr im Sinken begriffen ist, so darf dies gewiß nicht irgend einem staatlichen Eingreifen zugeschrieben werden. Diese Entwicklung ist auch nicht in dem gegenwärtig bei fast jedem Volk in Europa zu beobachtenden Geburtenrückgang begründet. Sie ist von der naturgegebenen Entwicklung selbst gewollt: Hier waltet die Anziehungskraft des deutschen Bodens, die den nicht-deutschen Eltern den Besuch der deutschen Schule für ihre Kinder und deren Wohlergehen zweckmäßig erscheinen läßt. Vor der Durchschlagkraft dieses Faktors muß die für die Minderheitenschulen wirkende Werbetätigkeit des Auslandes die Segel streichen.

Ebenso wie im deutschen Alpenstaat liegen die Verhältnisse im Deutschen Reich. Aus allen amtlichen Erklärungen und insbesondere aus allen Reden und Darlegungen des Führers des deutschen Volkes, Adolf Hitler, geht klarstens hervor, daß die einschlägige Reichspolitik jedweden Imperialismus rundweg ablehnt. Nachdem der Reichskanzler in einer seiner ersten Reichstagsreden „von der grenzenlosen Liebe und Treue“ gesprochen hatte, „mit der wir an unserem Volkstum hängen“ und von der aus dieser Gesinnung geborenen Ehrfurcht der Deutschen „vor den nationalen Rechten auch anderer Völker“, ward er am 21. Mai 1935 in dieser Richtung noch deutlicher. An diesem Tag wies das Reichsoberhaupt vor der versammelten Volksvertretung den Gedanken einer nationalen Assimilation seitens der nationalsozialistischen Bewegung klipp und klar zurück und stellte damit „den bürgerlichen Glauben an eine mögliche Germanisation“ als hinfällig hin. Weber deutscher Wunsch noch deutsche Absicht seien es, fremden Volksteilen das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde, die deutsche, aufzuzwingen. „Deutschland gebe keine Anweisung für die Verdeutschung nicht-deutscher Namen aus, im Gegenteil: Es wünsche dies nicht.“

Es blieb aber nicht bei diesen hereditären Worten. Ihnen folgten Taten, die den größten Zweifler an der Aufrichtigkeit der deutschen Absichten vom guten deutschen Willen überzeugen mußten.

In dieses Kapitel gehört die über unmittelbares Eingreifen des Reichskanzlers erfolgte Einberufung eines Dénen in den Stadtrat von Lensburg, obwohl dieser bei der Wahl die erforderliche Anzahl von Stimmen auf seine Person nicht vereinigen konnte.

Weiters äußerte sich kürzlich der Polenfürher im Reich, Dr. Raczkarek, daß sich die Lage seiner Volksgenossen in letzter Zeit in jeder Beziehung gebessert habe. Schließlich war vor nicht langer Zeit in der „Domina“, einem Wendenblatte, zu lesen, daß die Einstellung der deutschen Behörden gegenüber den Belangen dieser slawischen Minderheit keinerlei Anlaß zu Klagen gebe.

Trotzdem wollen böswillige Verdächtigungen nicht schweigen, die dem Deutschen Reich imperialistische Absichten auf Einverleibung fremdsprachiger Erde und Entnationalisierung von dem deutschen Drang nach dem Osten sich in den Weg stellenden fremden Volksteilen untergeschoben.

Dieses von der deutschfeindlichen Weltfront organisierte Ressentiment rechnet ebenso mit der Glaubensfestigkeit als der Unwissenheit der breiten Volksmassen, die von der grundlegenden Rassenlehre nichts weiß, die die Volkspolitik im Reich bestimmt und eine Verwässerung des Deutschtums durch Aufnahme breiter Schichten nicht-deutscher Rasse nicht zuläßt.

Der andauernde Verleumdungs- und Verhezungsfeldzug gegen deutsche Absichten und Pläne will den Gang der naturgegebenen Entwicklung hemmen, die auf die Wiederaufnahme der nur nach Wiederherstellung der durch das Verbrechen von Versailles schwer getroffenen Nachgeltung des Deutschen Reiches möglichen vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Völker hinstrebt. In diesem Sinne geht der Kampf der von Unfrieden und Unordnung lebenden und daher auf deren Erhaltung bedachten dunklen Kräfte; ihre Tätigkeit tritt ganz besonders in jenen Ländern zu Tage, deren Zukunft mit der des Reiches verbunden ist.

Ungarn ist der beste Zeuge für diese Behauptung. Nicht nur seine staatlichen Interessen, sondern auch die Zukunft der magyarischen Nation drängen geradezu eine nationalbewußte ungarische Politik in das Fahrwasser der deutschen. Von jüngeren und lebensstärkeren fremden Völkern umschlossen, muß das magyarische Volk im slawisch-romanischen Meer untergehen, falls es sich nicht rechtzeitig im Schatten des Reiches und der deutschen Nation, die an seiner Erhaltung zwangsläufig interessiert sind, Sicherung schafft.

Je mehr diese Erkenntnis im Herzen des Magyarentums heranreift, desto üppiger schießt die Saat in die Halme, die nicht allein die Beziehungen zwischen Berlin und Budapest stören, sondern auch die der ungarischen Regierung zum ungarländischen Deutschtum vergiften soll.

Zu unserem Leidwesen müssen wir an der heutigen Lage unerer Volksgenossen im St. Stefanreich erkennen, daß dieser traurige Feldzug keineswegs ergebnislos war. Wenn die nationalen und vor allem die kulturellen Verhältnisse der rund 600.000 Seelen betragenden deutschen Minderheit in Ungarn noch immer viel zu wünschen übrig lassen und der sie betreuende „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein“ in der letzten Zeit schwersten Angriffen und Hemmungen in seiner Entwicklung ausgegesetzt war, so ist dies fraglos in erster Linie der ebenso zäh geführten als unwürdigen Verhezung zu verdanken, die in Ungarn von deutschfeindlicher Seite gegen alles betrieben wird, das deutsch denkt und fühlt oder nur für die Zweckmäßigkeit einer Vertiefung der deutsch-ungarischen staatlichen Beziehungen eintritt.

Wenn der Gedanke der deutschen Volksgemeinschaft, der mit dem der Treue zum ungarischen Staat sehr gut vereinbar ist, sich nun auch auf ungarisch-staatlichem Boden verbreitet, so können und dürfen in dieser Tatsache keine Gefahren für den Bestand und die Unverletzbarkeit des Nationalstaates der Magyaren erblickt werden, für den das ungarländische Deutschtum auch heute Gut und Blut einzuziehen bereit ist.

In einem unlängst erschienenen „Katechismus für Auslandspolen“ heißt es: „Polen ist überall dort, wo Polen leben. Jeder Pole hat das angeborene gleiche Recht auf Zugehörigkeit zur großen polnischen Familie. Der Pole im Ausland bekennt sich kühn und offen zum Polentum, er befürchtet aber auch dem Staate, in dem er wohnt, die gebührende staatsbürgerliche Loyalität.“

Über diese Leitätze regt sich die „Weltöffentlichkeit“ nicht auf. Welches Mutgeheul würde sie aber anstimmen, wenn in deutschen Landen ein ähnlich lautender „Katechismus für Auslandsdeutsche“ das Licht der Welt erblickt würde?

Gleiches Recht für alle Völker!

Der Eisenbahnattentäter **Silvester Matuschka** ist in Budapest zum Tode verurteilt worden. Matuschka wird wieder nach Österreich zurückgeführt werden, von wo er erst nach Verbüßung seiner vollen Strafe in Stein an Ungarn ausgeliefert werden wird.

Die **Berliner Börse** feierte dieser Tage ihren 250jährigen Bestand. Sie wurde im Jahre 1685 vom großen Kurfürsten ins Leben gerufen.

Mussolini hat bei seiner Anwesenheit in der Siedlung **Pontinia** im Gebiet der ehemaligen pontinischen Sümpfe insgesamt drei Stunden in glühender Sonnenhitze an der Dreischmähmaschine gearbeitet. Bei einer Temperatur von 36 Grad im Schatten hat sich der Duce das Hemd ausgezogen und mit sonnenerbranntem Oberkörper eine Stunde weitergearbeitet.

In der Stadt **Galatz**, Rumänien, ereignete sich bei einer **Obduktion ein schauerlicher Vorfalle**. Die „Leiche“ auf dem Seziertisch wachte plötzlich auf und lief davon. Der zum Leben wieder erwachte Scheintote wurde ins Krankenhaus gebracht. Gegen den Leichenbeschauer wurde das Gerichtsverfahren eingeleitet.

In **Glasgow** (England) behob dieser Tage eine arme Stickerin ihre **Ersparnisse**, weil sie für die kommende Hochzeit Einfäufe machen wollte. Vor der Möbelhandlung, in der sie die bestellte Einrichtung bezahlen wollte, bemerkte sie zu ihrem Schrecken, daß ihr das **ganze Geld gestohlen** worden war; sie war darüber so bestürzt, daß sie zu Hause Selbstmord beging. Sie wurde aber gerettet. Am übernächsten Tag schickte der Dieb, der von dem Selbstmord in der Zeitung gelesen, das gestohlene Geld, nach oben abgerundet zurück. Als Hochzeitsgeschenk erhielt sie von unbekannter Seite eine brillantenbesetzte Armbanduhr, doch stellte die Polizei diese als Diebsgut fest.

In **Jistersdorf** wurde eine **Erdschmelze** erhöht. In Budapest ist der Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Truppen im Weltkrieg, **Generaloberst Arz von Straußenburg**, im 79. Lebensjahre gestorben.

Den beiden deutschen Alpinisten **Peters und Mayer** ist es gelungen, in 17stündiger schwerster Eis- und Felsklettere die 1500 Meter über dem Les-Chaux-Gletscher jäh aufragende **Nordwand der Grandes Jorasses** zu bezwingen. Zahlreiche Kletterer aller Nationen hatten sich bisher erfolglos um die Besteigung dieser Wand bemüht.

Das **schnellste Schienenfahrzeug** der Welt wurde dieser Tage von der deutschen Reichsbahn in den Dienst gestellt. Es benötigte zur Zurücklegung der 580 Kilometer langen Strecke Köln-Berlin nur fünf Stunden. Bei der Probefahrt erreichte der Schnelltriebwagen mühelos 190 Kilometer.

Am **Aahlenberg** an der sogenannten Schweizer Wieje wurde die **Josefshütte** eröffnet. Das neue Haus, das mehrere Speiseräume und eine schöne Waldterrasse für einige Hundert Personen umfaßt, ist vollkommen elektrisch eingerichtet. Die Josefshütte ist das erste Haus in Österreich ohne Rauchfang.

Bei der Besteigung der **Kopfstuppe** im Gejäuse ist der bekannte österreichische Bergsteiger **Kurt Reifschneider** tödlich abgestürzt.

In **New York** starb vor kurzem in ärgster Not **Abraham Lewcaurt**. Er war seinerzeit einer der reichsten Männer Amerikas. Sein Ruf ist darin begründet, daß er der Erste war, der **Wollenträger** baute.

Johann Strauß III., ein Enkel des Walzerkönigs Johann Strauß, ist aus Berlin in Wien eingetroffen. Musikdirektor Strauß, der im Auslande die Musik seiner Familie dirigiert, hat auch in Wien einen Abend „Heut“ spielt der Strauß“ geleitet.

Am **Strande** in der Nähe von **Swinemünde** bemerkten Badegäste einen **Walfisch**. Man griff das Ungeheuer mit Stangen und Knüppeln an. Nach dreistündigem Kampf konnte das Tier erlegt werden. Es handelt sich um einen fünf Meter langen und 15 Zentner schweren Pottwal, der in den Gewässern der Ostsee nur selten vorkommt.

Tofio und der südlich dieser Stadt liegende Teil Japans wurde von einem **schweren Unwetter** betroffen. 95.000 Häuser wurden in den Städten Kioto, Osaka, Fukuoka unter Wasser gesetzt. Die Zahl der Toten beträgt bei 100. Der Schaden beträgt 20 Millionen Yen.

Die Bundesregierung von **Ohio** hat ein Gesetz entworfen, demzufolge in gewissen Fällen **Selbstmorde verteuert** werden müssen. Nach Ablauf einer gewissen Zeit fällt die Versicherungssumme bei einem Selbstmord nicht zur Gänze an den Begünstigten der Versicherung, sondern zu 60 v. H. an den Staat.

Humor.

Richter: „So, Zeuge, erzählen Sie mal den Verlauf der Schlägerei! Wo hat denn der Zank angefangen?“ — Zeuge: „Auf dem Lont sein' Schädel, Herr Richter!“

„Herr Zeuge, sind Sie mit den Parteien verwandt oder verwöhrt?“ — „Ich glaube kaum, Herr Richter — der Kläger ist die Eisenbahnverwaltung und die Beklagte die Stadt Leipzig!“

„Konnten Sie die junge Dame nicht mit Ihren Armen auffangen, als sie von der Leiter fiel?“ — „Unmöglich, meine Frau war zugegen!“

„Oh, Herr Kollege, Sie tragen einen Verlobungsring?“ — „Ja, ich bin seit gestern mit der Tochter des reichen Bankiers Fuchs verlobt.“

„Ach so! Also — Rettungsring!“
Auch ein Argument. „Frau Krause, ich nehme das Zimmer, aber nur, wenn ich weiß, daß kein Klavier im Hause ist.“ — „Darum brauchen Sie keine Angst zu haben, davon werden Sie nicht merken, das wird von unserem neuen Lautsprecher vollkommen übertönt.“

Schriftl. Anfragen an die Verm. d. Bl. sind stets 24 g beizulegen, da sie sonst nicht beantwortet werden können.

Mädchen

welches kochen und ganz selbständig kleineren Haushalt führen kann, wird aufgenommen. D. Bernauer, Kaufmann, Waidhofen a. d. Ybbs, Starhemberg-Platz.

Ehrliches 18jähriges Mädchen

sucht Stelle als Hausgehilfin. Anschrift in der Verm. d. Bl. 127

Küchen- und Zimmermöbel billig zu verkaufen.

Küchentreten, Tisch, Anrichte und Bant, weiß getrichen; Sofa, Fauteuils, Tisch und Sessel. Zu besichtigen: Samstag den 6. Juli von 1/3 bis 4 Uhr nachmittags, Wenterstraße 20.

Schöne Geschäftsräume

in einer lebhaften Straße sofort beziehbar. Adr. in der Verm. d. Bl.

Haben Sie Eignung für Außendienst? (Werbung)

Wenn ja, schreiben Sie sofort unter Angabe Ihrer bisherigen Tätigkeit unter „Zeitgemäßes Einkommen 1186“ an die Ann. Exped. Rudolf Mosse A.G., Wien 1/1.

Wirtschaft, Haus oder Geschäft

verkauft, tauscht oder kauft man durch den über 57 Jahre bestehenden, handelsgerichtlich protokollierten

Allgem. Verkehrs-Anzeiger

Wien 1, Weinburggasse 26 / Keine Provision! Spesenfreier Beamtenbesuch

Verbreitet den „Bote von der Ybbs“

HIMBEERSAFT BERNAUER
Prima-Qualität! 1 Kilogramm 1.80 Schilling

Versteigerungssedit.

Am 12. August 1935, vormittags 11 Uhr, findet beim gefertigten Gerichte, Zimmer Nr. 11, die

Zwangsversteigerung

folgender Liegenschaften statt:
Grundbuch St. Georgen a. Reith, Einl.-Z. 40 und 46: Tischhofstatt Nr. 10 und 27, Rote Disberg, Haus mit Wirtschaftsgebäude, Blockhaus, Keller, Pavillon und Glashaus (Bfl. 114, 173, unter Grdst. 77 Wald, 174, auf Grdst. 88/1). Schätzwert S 20.645.50.

Grst. 77, 78, 79, 72, 75/1, 76, 80, 90/1, 91, 75/2, 85/2, 85/4, 94/2 und 83/3 Wald (60.85.47 ha), 73, 74, 83/1, 92, 112 und 113 Wieje (1.69.19 ha); 94/1, 95, 96, 97 und 98 Weide (6.94.95 ha); 82/1, 87, 88/1, 88/2 und 90/2 Ader (1.71.38

Hektar); 85/1, 86, 85/3 Garten (0.26.90 ha). Schätzwert Schilling 11.421.—

Serberghäusl Nr. 13 (Enklave zu E. Z. 40), Bfl. 111. Schätzwert S 108.—

Schätzwert samt Zubehör Schilling 32.174.50. Geringstes Gebot S 21.449.67.

Unter dem geringsten Gebote findet ein Verkauf nicht statt.

Rechte, welche diese Versteigerung unzulässig machen würden, sind spätestens beim Versteigerungstermine vor Beginn der Versteigerung bei Gericht anzumelden, widrigens sie zum Nachteile eines gutgläubigen Erstherrn in Ansehung der Liegenschaft nicht mehr geltend gemacht werden könnten.

Im übrigen wird auf das Versteigerungssedit an der Amtstafel des Gerichtes verwiesen.

Bezirksgericht Waidhofen a. d. Y., Abt. 2, am 2. Juli 1935.

Großes Geschäftslokal
in Waidhofen a. d. Ybbs, Dr. Dollfuß-Platz, sofort zu vermieten. Anfragen und Anträge an die Notariatskanzlei Waidhofen a. d. Ybbs.

Vielen Dank dem tapferen Herrn **N. Eibenberg** Handelsangestellter in Göstling, für sein tatkräftiges Eingreifen bei der Rettung eines in Lebensgefahr befindlichen Badenden am 30. Juni 1935 nachmittags im Ybbsflusse nächst Göstling. **Der Betroffene**

Unlänglich meiner Übersiedlung nach Wien sage ich allen lieben Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Sophie Geyer.
Waidhofen a. d. Ybbs, im Juli 1935.

Pulver-, Munitions-, Spreng- und Bündmittel-Verschleiß

Franz Steinmahl, Waidhofen a. d. Ybbs
Ybbsitzerstraße Nr. 12 Fernsprecher Nr. 22

Sicherheit reeller Bedienung! Bezugsquellen-Verzeichnis Sicherheit reeller Bedienung!

- Autoreparaturen, Autogarage, Fahrschule:** Hans Kröller, Starhemberg-Platz 44 und 3, Tel. 113, Auto- und Maschinenreparatur, Benzin- und Station.
- Baumeister:** Carl Dejene, Dr. Dollfuß-Platz 18, Stadtbau- und Hoch- und Eisenbetonbau. Friedrich Schrey, Poststeinerstraße 24-26, Bau- und Zimmermeister, Hoch- und Eisenbetonbau, Zimmerei und Sägewerk. Eduard Seeger, Ybbsstorgasse 3, Stadtbau- und Hochbau, Beton- und Eisenbetonbau.
- Bau-, Portal- und Möbelfabrikerei:** Gottfried Bene, Waidhofen-Zell a. d. Ybbs, Möbelfabrik und Bauwerkerei, Möbelfabrik.
- Bäder:** Karl Piatys Witwe, Starhemberg-Platz 39, Dampfbäder und Zuberbäder.

- Buchdruckerei:** Druckerei Waidhofen a. d. Ybbs, Gef. m. b. H.
- Delikatessen und Spezereiwaren:** B. Wagner, Hoher Markt 9, Wurst- und Selchwaren, Milch, Butter, Eier, Touristen-Proviand. Josef Buchse, 1. Waidhofener Käse-, Salami-, Konjerven-, Süßfrüchten-, Spezerei- und Delikatessenhandlung. En gros, en detail.
- Drogerie, Parfümerie und Photohandlung, Farben, Vade, Pinsel:** Leo Schönheinz, Filiale Starhemberg-Platz 35.
- Effiziergeugung:** Ferdinand Psau, Unter der Burg 13, natur-echte Gärungs-Tafel- und Weingeistige für alle Genuß- und Konjervierungs-zwecke in Fässern und im Kleinen. Gegründet 1848.

- Farbwaren und Vade:** Josef Wolkestorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161, 1. Waidhofener Spezialgeschäft für Farbwaren, Dsfarbenerzeugung m. elektr. Betrieb.
- Installateur:** Hans Blaschke, Starhemberg-Platz 41, Tel. 96. Wasserinstallation, sanitäre, Heizungs- und Pumpenanlagen, Spenglerei, Milch- und Küchengericht, kupferne Kessel und Wasserschiffe, Eternit-Tischbeläge und Wandverkleidungen, Eternit-abflußrohre.
- Safner:** Markus Krobath, Hammergasse 2, Ede Weyrerstraße, Holzdauerbrandöfen, Herde, Fliesen und Plaster.
- Kaffee, Tee und Spezereiwaren:** Josef Wolkestorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161.

- Licht- und Kraftinstallationen, elektrische:** Elektrowerk der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs, Starhemberg-Platz.
- Parfümerie und Materialwaren:** Josef Wolkestorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161.
- Versicherungsanstalt der öst. Bundesländer:** Versicherungsaktiengesellschaft (vorm. n.ö. Landes-Versicherungsanstalten). Geschäftsstelle für Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung, Bezirksinspektor Franz Auer, Weyrerstraße 18, Nagel.

Der Weg zum Erfolg: Ständiges Inserieren!